

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Cent, Familien-Anzeigen 8 C. Pl. Kleinanzeigen 5 C. Pl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Samstag, den 22. Dezember 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtposten 200 Milliarden M. wöchentlich, Postbezugspreis 200 Milliarden M. ohne Frachtposten. — Gehalt der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Im württ. Landtag wurde gestern das von der Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Gegen das Gesetz stimmten Bürgerpartei, Bauernbund und Kommunisten. Die Sozialdemokraten gaben ihrer Zustimmung eine Begründung mit.

Der deutsche Reichskanzler äußerte sich dem Berichterstatter einer amerikanischen Zeitung gegenüber über das Reparationsproblem dahin, daß eine Verständigung Deutschlands und Frankreichs das Beste wäre. Die Verständigung wäre möglich, wenn Frankreich auf politische Ziele verzichtete. Klarheit müsse erlangt werden über Rhein und Ruhr. Die separatistische Bewegung wäre sofort erledigt, wenn sie nicht mehr finanziell (von Frankreich) unterstützt würde.

Dagegen hat Herr Poincaré anlässlich der Interpellationsdebatte in einer großen Verteidigungsrede über seine Ruhrpolitik erklärt, daß er über das Rheinland nicht mit der deutschen Regierung verhandle, weil die Rheinlandsbevölkerung die Freiheit (!) der eigenen Entscheidung behalten müsse. Das ist natürlich reinster Hohn.

Die Reparationskommission hat beschlossen, bezüglich des deutschen Antrags der Aufnahme von Lebensmittelkrediten zuerst Untersuchungen über den derzeitigen Stand der Fett- und Getreideversorgung Deutschlands anzustellen. (!!) Die Bestellung der Sachverständigen für die bekannten Ausschüsse soll verschoben werden. Die Verschleppungspolitik geht also fort.

Der militärische Befehlshaber in der Pfalz, General de Wieg, hat offen erklärt, daß er sich auf Grund der Anweisungen aus Paris für die Separatisten einzusetzen habe.

Das Reparationsproblem. Poincaré über die Politik gegenüber Deutschland. Gewalt, Gewalt und wieder Gewalt.

Paris, 22. Dez. In der gestrigen Kammer Sitzung, die der Fortsetzung der Debatte über die Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung gewidmet war, ergriff Poincaré das Wort, um seine Außenpolitik, besonders seine Politik gegenüber Deutschland, zu rechtfertigen. Er betonte, daß er dafür die volle Verantwortung übernehme. Alles müsse dem Erfolg der Außenpolitik untergeordnet werden, an deren erster Stelle die Reparation der Kriegsschäden und die Garantie für die Sicherheit Frankreichs stehe. Er müsse der Behauptung widerprechen, daß die Ruhraktion schädlich gewesen sei. Das Gegenteil sei wahr. Poincaré gab dann einen geschichtlichen Überblick über die Ereignisse seit dem November vorigen Jahres, wo Deutschland mitgeteilt habe, daß es die in dem Versailler Friedensvertrag vorgesehenen Lieferungen einstellen müsse. Das sei lange vor der Ruhrbesetzung gewesen. Uebrigens habe er, Poincaré, das Parlament darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausbeutung der Pfänder eine gewisse Zeit in Anspruch nehme. Der passive Widerstand habe die Ausbeutung noch schwieriger gemacht. Man müsse aber fragen, was Frankreich erhalten hätte, wenn Deutschland das verlangte Moratorium von zwei bis drei Jahren bewilligt worden wäre. Er müsse die Legende kategorisch dementieren, daß Staatssekretär Bergmann deutsche Vorschläge von irgendwelchem Wert gemacht habe. Alles, was man an Vorschlägen habe erlangen können, sei gewesen, eine Zahlung von 20 Milliarden zu leisten bei einer Schuld von 132 Milliarden. Poincaré wies dann auf die Warnungen hin, die er 1922 an Deutschland dadurch gerichtet habe, daß er die Formel „Kein neues Moratorium ohne Pfänder und ohne Garan-

tien“ geprägt habe. Wenn man das Ruhrgebiet nicht besetzt hätte, und Deutschland Herr der Kohlen und des Eisens dort geblieben wäre, dann würde es auf die Forderung Frankreichs bald erklärt haben: „Kommt und holt eure Reparationen!“ Dann wäre es zu spät gewesen. Wenn man die Vorschläge Deutschlands angenommen hätte, würde Frankreich nur 15 600 Millionen Goldmark erhalten haben und die wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages würden gefallen sein, was die Vernichtung dieses Vertrages und die wirtschaftliche Aufrichtung Deutschlands auf Kosten Frankreichs und Belgiens bedeutet hätte. Auch England habe die deutschen Vorschläge abgelehnt. Weiterhin erklärte Poincaré, daß nur die gebieterische Notwendigkeit, einer Katastrophe zu entgehen, Deutschland veranlaßt habe, den passiven Widerstand einzustellen, doch habe Frankreich gute Gründe gehabt, sich nicht sofort nach seiner Einstellung Deutschland in die Arme zu werfen. Der Ministerpräsident suchte dann die Behauptung zu widerlegen, daß die Arbeitslosigkeit in England eine Folge der Ruhrbesetzung sei und daß Baldwin deshalb ein protektionistisches Programm aufgestellt habe. Auch die Behauptung sei unklar, daß die Ruhrbesetzung die Reaktion in Deutschland gefördert und die pazifistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie behindert habe, deren pazifistischen Geist man zu Kriegsbeginn ja kennengelernt habe. Nachdem der Ministerpräsident seine Ausführungen unterbrochen hatte, um sich auszuruhen, erklärte er nach Wiederaufnahme der Sitzung weiter, daß er niemals die im Ruhrgebiet erzielten Ergebnisse übertrieben habe. Bezüglich der Abmachungen mit den Industriellen bemerkte er, man habe diese nur bis zum 15. April 1924 abgeschlossen, um zu warten, bis die Produktion wieder normal geworden sei. Wenn Frankreich die Verträge nicht strenger gefaßt habe, so sei es geschehen, weil die Produktion nicht habe behindert werden sollen, und um die Arbeitslosigkeit herabzusetzen. Vor der Ruhrbesetzung habe die Kohlensteuer nichts eingebracht, die Einnahmen der Regie würden jetzt immer produktiver. Die französische Regierung habe schon Gnadenakte vollzogen und tue dies täglich weiter, je nachdem die normale Situation sich geltend mache. Außerdem habe Frankreich sich bereit erklärt, durch die Reparationskommission das Reparationsproblem prüfen zu lassen. Er freue sich, daß die Vereinigten Staaten ihre Mitarbeit zugesagt hätten. Im Augenblick könne Deutschland nicht bezahlen, weil es seine Währung und seinen Kredit wieder aufrichten müsse. Er wolle alle deutschen Vorschläge anhören, aber die Reparationskommission dürfe nicht beiseitegeschoben werden und er sei mit der belgischen Regierung dahin einig, daß keine Verhandlungen eingeleitet werden sollten, die der Autorität der Rheinlandskommission und des Generals Degoutte Abbruch tun würden. Auch werde er mit Berlin nicht über die Zukunft der rheinischen Bevölkerung verhandeln, deren Freiheit er zu respektieren entschlossen sei. (!) Damit nützliche Verhandlungen möglich seien, sei es nötig, daß die deutsche Regierung Beweise der Gefügigkeit (!) gebe und Anstrengungen unternehme, um ihre Finanzen zu sanieren, Reparationen zu zahlen und ernste Garantien für ihre friedlichen Absichten zu geben. Dann kam der Ministerpräsident auch auf den Völkerbund zu sprechen, wobei er u. a. betonte, daß dieser in seiner jetzigen Gestalt keine Nation abhalten könne, die von kriegerischem Geiste besetzt sei, und er könne auch Frankreich nicht verhindern, washam auf seine Sicherheit bedacht zu sein. Schließlich sprach Poincaré über die Frage des Garantiepaktes in der gleichen Weise wie jüngst. — Nach der Havasagentur hat Poincaré bei Besprechung der im Ruhrgebiet abgeschlossenen Verträge auch erklärt, die Sachlieferungen müßten zuerst für die Vorkosten der Besatzungskosten und dann für Reparationszahlungen dienen. — Am Freitag nächster Woche wird die Debatte über die Interpellationen betreffend auswärtige Politik fortgesetzt.

Der deutsche Reichskanzler über die Verhandlungsmöglichkeiten.

Paris, 21. Dez. (Drahtb. W.B.) Reichskanzler Dr. Marx hat dem Berliner Korrespondenten des „New York Herald“ ein Interview gewährt und dabei unter anderem erklärt: Der verantwortliche Leiter der deutschen Geschäfte muß heute Optimist sein, wenn er angesichts seiner riesigen Aufgabe nicht verzweifeln will. Deshalb muß er annehmen, daß eine Lösung der Reparationsfrage gefunden wird, die das deutsche Volk in den Stand setzt, wieder zu arbeiten und sich wieder zu erheben. Deutschland hat den größten Wunsch, zu einer Regelung zu gelangen. Wenn die Reparationskommission durch ihre Sachverständigenausschüsse jetzt die Frage der deutschen Kapitalflucht zu untersuchen ge-

denkt, so begrüßt man dies unter den gegebenen Umständen in Deutschland, weil man ein starkes nationales und wirtschaftliches Interesse an der Feststellung und Kontrolle der ausgeführten Vermögen hat. Deutschland ist insbesondere dankbar dafür, daß amerikanische Finanzleute und Wirtschaftler von hohem Rang hierbei mitwirken wollen. Ich persönlich möchte annehmen, daß Poincaré erkannte hat, daß offene Verhandlungen und eine vertrauliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland für alle Beteiligten das Beste sind. Schließlich muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob Frankreich in erster Linie politische oder wirtschaftliche Ziele gegenüber Deutschland verfolgt. Wenn Frankreich Geld von Deutschland braucht, so muß es dem deutschen Volk die Möglichkeit lassen, in Ruhe zu leben und zu arbeiten. In erster Linie muß die Lage am Rhein und an der Ruhr geklärt werden, da sonst eine Lösung der Reparationsfrage unmöglich ist. Jede Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit wird offenbar von der Frage beherrscht, ob Deutschland seine großen wirtschaftlichen Hilfsquellen in der Hand hat oder nicht. Das Ruhrgebiet ist das Herz Deutschlands; es muß für Deutschland schlagen, wenn Deutschland leben soll. Seit der französisch-belgischen Besetzung sind alle Abgaben aus dem Ruhrgebiet und den Rheinlanden für Deutschland verloren gewesen; sie haben zwei Fünftel der deutschen Einnahmen ausgemacht. Auch heute noch, wo der passive Widerstand endgültig eingestellt ist, könne man nicht sagen, ob die Rheinlandskommission gestatten werde, daß die deutschen Behörden im besetzten Gebiet die vom Reich eingeführten neuen Steuern erheben dürften, ohne die Deutschland nicht länger bestehen könne. Ob es dem Reich möglich sein werde, sich durch laufende Einnahmen aus dem verarmten Land auch bei schärfsten Eingriffen in die Substanz den Bedarf des Staates zu decken und gleichzeitig eine neue Währung zu schaffen, wage er nicht zu entscheiden, insbesondere da Industrie und Handel und Wirtschaft größere Kredite verlangten. Wenn es indessen, wie er hoffe, möglich sein werde, eine größere Auslandsanleihe aufzubringen, so würden die gesunden menschlichen und wirtschaftlichen Kraftquellen Deutschlands es auch über die schwersten Tage seiner Geschichte hinwegtragen. Der Reichskanzler äußerte die Hoffnung, daß die schwebenden Verhandlungen mit Deutschland das harte Schicksal seiner Rheinlande bessern würden. Die Leiden der Bevölkerung seien unerträglich. Der Reichskanzler bestritt entschieden, daß er eine Loslösung der Rheinlande von Preußen unterstützt habe. Das separatistische Schreckgespenst am Rhein, mit dem die Rheinländer nichts zu tun hätten, werde völlig verschwinden, sobald die Separatisten keine finanzielle Unterstützung mehr erhielten. Deutschland, so erklärte der Kanzler zum Schluß, sei natürlich bereit, Frankreich jede angemessene Garantie gegen einen deutschen Anarich zu bieten, die mit der deutschen Souveränität vereinbar sei. Im Augenblick fürchte er weder einen Putz von rechts noch von links. Die Gefahr einer derartigen Entwicklung sei wenigstens vorübergehend überwunden. Niemand aber könne voraus sagen, ob sie nicht wiederkehren werde, wenn das Elend in Deutschland ein noch größeres Ausmaß annehme. Der Winter, der vor der Türe stehe, werde für die ausgehungerte Bevölkerung eine schwere Prüfung sein. Es bleibe nichts anderes übrig, als schwer zu arbeiten und die Preise so niedrig wie möglich zu halten.

Verschleppung der Kredit- und Sachverständigenentschlüsse durch die Reparationskommission.

Paris, 22. Dez. Nach dem von der Reparationskommission ausgegebenen offiziellen Communiqué ist beschlossen worden: 1. das deutsche Verlangen, dem Ernährungskredit eine Priorität zu geben, gemäß Art. 251 des Friedensvertrags den alliierten Regierungen zu überweisen, 2. dem Garantieauschuss zur Erleichterung der Entscheidung, die entweder die alliierten Regierungen oder die Reparationskommission zu treffen haben, den Auftrag zu erteilen, eiligst einen Bericht zu liefern über die Vorräte an Brotgetreide und Speisefett in Deutschland. (!) — Ueber den Stand der Verhandlungen in der Frage der Sachverständigenkomitees sagt das Communiqué, es seien noch gewisse Formalitäten zu erfüllen. Die Reparationskommission habe beschlossen, die Ernennung der Sachverständigen auszuschieben, abgesehen von dem Fall der amerikanischen Mitglieder des 1. Komitees, in dem die Kommission wegen der räumlichen Entfernung beschlossen habe, den Vorsitzenden der General Trust Company Chicago, General Dawes und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Electric

Compagny in Newyork, Owen Young, zur Teilnahme an den Arbeiten des genannten Komitees aufzufordern. Ferner sei beschlossen worden, General Dawes den Vorsitz dieses Ausschusses anzubieten.

General de Meig erklärt sich öffentlich für die pfälzischen „Separatisten“.

Berlin, 22. Dez. Nach der „Frankfurter Zeitung“ erklärte General de Meig einem pfälzischen Industriellen wörtlich: „Ich kann Ihren Beschwerden über die Separatisten nicht abhelfen. Meine vorgelegte Behörde in Paris hat mir den bestimmten Auftrag gegeben, so vorzugehen, wie ich es tue.“ Einem anderen Besucher erklärte der General, er trage nicht die mindesten Bedenken, sich völlig mit der separatistischen Bewegung zu identifizieren.

Ludwigshafen, 21. Dez. Heute vormittag ließ der Ludwigshafener Bezirksdelegierte die Vertreter der Beamtenenschaft von Ludwigshafen zu sich kommen, um ihnen eine Erklärung vorzulegen, aus der sich eine ganz unverhüllte Stellungnahme der Franzosen zugunsten der Sonderbündler ergibt. Diese Erklärung hatte einen dreifachen Inhalt. Der Kommandant betonte, daß sich 1. die deutsche Polizei bemüht sein müsse, daß sie seit dem Einmarsch der Separatisten in Ludwigshafen unter französischer Kontrolle stehe und daß sie sich in politische Dinge unter keinen Umständen einzumischen habe, sondern lediglich die Befehle der französischen Behörde zu befolgen habe. 2. Ein Streik der Beamten anlässlich des Vorgehens der autonomen Regierung der Pfalz sei verboten. Wer streike, werde ins Gefängnis gesetzt. Die Amtsvorstände hätten dafür zu sorgen, daß die ihnen untergeordneten Beamten die Arbeit in ordnungsgemäßer Weise weiterführten. 3. Seine eigene vorgelegte Behörde (der Offizier drückte sich so aus: Der Delegierte, der über mir, und der Delegierte, der noch über diesem Delegierten steht) habe die autonome Regierung der Pfalz anerkannt.

Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete.

Berlin, 22. Dez. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Köln meldet, haben sich die Vorsitzenden der rheinischen politischen Parteien auf Einladung der Reichsregierung nach Berlin begeben, um über die Rückwirkung der finanziellen Lage des Reichs auf das besetzte Gebiet mit der Reichsregierung zu beraten. Es soll sich, dem Blatt zufolge, vor allem um die Frage der Vorschüsse auf die Besatzungskosten handeln.

Die Unfähigkeit der französischen Eisenbahnregie.

Dortmund, 21. Dez. Wie bereits gemeldet, hat die französisch-belgische Eisenbahnregie auf Grund des Mainzer Protokolls von der deutschen Reichsbahn die tägliche Zuführung von 8000 leeren Kohlenwagen gefordert. Die Heranbringung derselben war der Reichsbahn nur unter erheblichen und kostspieligen Betriebsleistungen möglich. Es stellte sich inzwischen heraus, daß die französische Eisenbahnregie noch nicht die Hälfte der anrollenden Wagen übernehmen konnte und heute ist der Ruhrbezirk wieder um so zugefahren, daß der Betrieb fast vollkommen stockt. Es erscheint weiter zweifelhaft, ob es der Regie überhaupt gelingen wird, die leeren Wagen im Ruhrbezirk rechtzeitig an die betreffenden Stellen zu bringen und mit Ladung rechtzeitig wieder abzufahren, zumal sie mit der Einstellung der erfahrenen deutschen Beamten zurückhinkt. Ehe aber das Verkehrswesen im Ruhrgebiet nicht in Gang kommt, kann an den Wiederaufbau der Wirtschaft des Ruhrreviers nicht gedacht werden.

Ausland.

China wacht auf!

London, 22. Dez. Reuter meldet aus Peking, das Kabinett habe vorgestern seinen Rücktritt erklärt, nachdem das Parlament gegen den angeblichen Beschluß der Regierung, die Boxerentschädigung an Frankreich in Goldfranken zu bezahlen, protestiert hatte. Der Präsident habe es abgelehnt, den Rücktritt anzunehmen und das Kabinett aufgefordert, die Geschäfte weiterzuführen.

London, 22. Dez. Reuter meldet aus Hongkong: In der Bevölkerung werden Flugblätter verbreitet, britische und amerikanische Waren zu boykottieren und sich zusammenzuscharen, um den Ueberschuß der Zollentnahmen selbst in Besitz zu nehmen, um die chinesische Nation zu retten.

Deutschland.

Zum Attentat auf Kahr.

München, 21. Dez. Den Blättern zufolge handelt es sich entgegen anders lautenden Meldungen bei dem geplanten Attentat auf den Generalkommissar nicht um ein Komplott. Der verhaftete Schauspieler Barthel hat zugestanden, daß er die Tat allein ausführen wollte. Er bezeichnete sich im übrigen als Nationalsozialist. Während der Zeit des passiven Widerstands gegen die Eindringmächte im Ruhrgebiet sei er bei der Regie tätig gewesen. Erst acht Tage vor seiner Verhaftung sei er nach München gekommen.

Ein Attentatsversuch gegen Koste?

Hannover, 22. Dez. Gestern Abend wurde an einem Treppenaufgang des Regierungsgebäudes, in dem Oberpräsident Koste wohnt, eine sehr starke Sprengstoffladung zur Explosion gebracht, wodurch die Fenster und die Türen an der ganzen Front eingedrückt wurden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Württembergischer Landtag.

Fortsetzung der politischen Aussprache.

(S. 23.) Stuttgart, 20. Dez. Mit einer Rede des Führers der Rechten, des Abg. B a z i l l e, wurde heute vormittag im Landtag die Aussprache über die politische und wirtschaftliche Lage fortgesetzt. Bazille behauptete, daß nicht nur die ganze Demokratie, sondern auch Parlamentarismus und Liberalismus eine rettungslose Niederlage erlitten haben, daß die alten Forderungen der Deutschnationalen jetzt auch von Regierungsjelie als notwendig anerkannt werden, daß die ganze nationalsozialistische Bewegung nicht nötig gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie das deutsche Volk nicht zu Grunde gerichtet hätte und daß man jetzt nicht am Grabe von Parlamentarismus und Demokratie stehen würde, wenn man die Ratschläge der Rechten befolgt hätte, anstatt sich von der Sozialdemokratie auf falsche Wege drängen zu lassen. Der Redner begründete dann eine Reihe von Entschlüssen in Bezug auf den Beamtenabbau und forderte darin Aufhebung der Ämter und Stellen, die nach der Revolution unnötigerweise geschaffen worden sind, Entlassung derjenigen Beamten und Angestellten, die nach ihrer Vorbildung die an das Berufsbeamtenamt zu stellenden Anforderungen nicht zu erfüllen vermögen. Rücksicht auf die Bedürfnisse des Dienstes, auf den Wert und die Verdienste des einzelnen Beamten, Berücksichtigung der Tatsache, daß Württemberg die Zahl seiner Beamten nicht in dem Maße unnötig vermehrt hat, wie das Reich und andere Länder, Rücksicht auf Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte, Beachtung des Staatsvertrags zwischen dem Reich und Württemberg bei Zurücksetzung von Verlehrsbeamten. Bei den Sparmaßnahmen soll ferner auf einen guten Schulbetrieb und auf die Erhaltung der Landlatein- und Realschulen Rücksicht genommen werden. Außerdem wird die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, der die Kündigung von Anleihen des Staats und der anderen öffentlichen Körperschaften zu entwertetem Geld mit rückwirkender Kraft verbietet. Schließlich ging Bazille noch auf die Frage der Regierungsumbildung ein und vermehrte eine klare Antwort vom Regierungsjelie. Die Sozialdemokratie verhehe es immer wieder, die Regierungsumbildung mit allen Mitteln zu hintertreiben und es sei bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht zu dem Schritt entschließen könnten, der allein die große Gefahr bannet. Die Regierung müsse ein klares Vertrauensvotum vom Landtag verlangen und dürfe sich nicht bloß mit einer Ablehnung des Mißtrauensvotums begnügen. Der Redner brachte dann einen Antrag ein, worin gesagt wird: Das Staatsministerium hat nicht das Vertrauen des Landtags, der Landtag wird aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 20. Januar 1924 statt. Der Abg. B r u c m a n n (Dem.) erklärte, daß die Rechte bei ihren Vorwürfen den wirklichen Grund aller Verelendung außer Acht lasse, nämlich den Verlust des Krieges und den Zusammenbruch. Es gehörte Mut und Entschlossenheit dazu, das Erbe, das dem deutschen Volk hinterlassen wurde, anzutreten. Der Redner behandelte eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen und erklärte schließlich, die Demokratie lehne eine innerpolitische Stellungnahme gegen die Arbeiterschaft ab. Eine Rettung aus der heutigen Lage sei nur möglich unter der weisen Zusammenfassung aller Kräfte in Deutschland. Der Abg. E g e l h a a f (D. B.) führte aus, daß, solange die sozialdemokratischen Agitatoren den Klassenkampf predigen, ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie erschwert bleibe. Man müsse dem ganzen Volk zeigen, daß das, was Frankreich am Rhein versuche, rechtswidrig sei. Im übrigen müsse die Moral des Volkes gehoben werden. In einer Abend Sitzung hofft man, die Aussprache beendigen zu können.

(S. 23.) Stuttgart, 20. Dez. In der Abend Sitzung des Landtags verteidigte der Abg. A n d r e (Ztr.) insbesondere den Minister des Innern gegen die Angriffe von links, rechtfertigte die Politik des Zentrums gegen die Vorwürfe von rechts und gab eine Erklärung ab, wonach die Zentrumsfraktion die augenblickliche Zusammensetzung der Regierung, die nur eine Minderheit von Landtag und Volk vertritt, auf die Dauer nicht als wünschenswert ansehe. Die Zusammenfassung aller Kräfte, die auf dem Boden der Verfassung am Staat mitarbeiten wollen, würde der Not am besten entsprechen. Die Zentrumsfraktion habe die Sozialdemokratie von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen und halte es für falsch, wenn eine zur Mitarbeit bereit Bürgerpartei von dieser Mitarbeit ausgeschlossen bleibe. Die Beteiligung der einen dürfe aber nicht die Verlagerung der Mitarbeit anderer zur Folge haben. Staatspräsident H i e b e r betonte, die Regierung könne nicht verantwortlich sein für eine Entwicklung, die außerhalb des Einflusses einer oder aller Regierungsparteien liege. Eine Regierungserweiterung nach rechts und nach links würde seinen Beifall finden, finde aber Unterstützung weder auf der einen, noch auf der anderen Seite. Die Rechte könne doch wohl nicht mit Parteien zusammenarbeiten, deren Politik sie als so schlecht und verfehlt hinstelle. Mit der Auflösung des Landtags sollte man bis zu den Reichstags-Neuwahlen zuwarten. Finde das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, so werde die Regierung zurücktreten, andernfalls glaube sie, einen Rückhalt für die Fortsetzung ihrer Geschäfte zu haben. Politik der Mitte sei diejenige, die nicht unduldsam sei gegen andere große Volkskreise. Das sei die einzig mögliche und haltbare Politik in der heutigen Not.

Globus-Schirme

sind die besten!

Das passendste Weihnachts-Geschenk für Damen und Herren!

Eduard Klein
2 Schlossberg 2
Pforzheim

Spezialhaus Globus
Fernsprecher 3173 42 Westliche 42
Pforzheim

lage. Die Rechte müsse versöhnlicher werden, wenn sie die Verantwortung an der Regierung mit teilen wolle. Als weitere Redner sind noch vorgemerkt die Abgeordneten Sietter (Komm.), Eggert (Soz.), Blume (Dem.), Hartmann (D. B.) und Blos (Soz.). Die Berichterstatter räumten in sehr vorgeschrittener Stunde das Feld. Morgen Fortsetzung.

Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

(S. 23.) Stuttgart, 21. Dez. In der Nachmittags Sitzung des Landtags hatten sich alle Abgeordneten mit Ausnahme der durch Krankheit verhinderten eingefunden. Zunächst wurden die heute Vormittag vorgeschlagenen Entschlüsse zum Ermächtigungsgesetz angenommen. Darauf gab der Abg. K e i l namens der soz. Fraktion eine Erklärung ab, in der zwar verschiedene bisherige Maßnahmen der Reg. mißbilligt werden, dem Ermächtigungsgesetz aber mit Rücksicht darauf zugestimmt wird, daß die Ablehnung den Rücktritt der Regierung zur Folge hätte. Eine Mitverantwortung für die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von der Regierung zu treffenden Maßnahmen will die Sozialdemokratie jedoch nicht tragen. Der Abg. B a z i l l e (B. P.) lehnte das Gesetz im Ganzen ab und richtete an die Regierung die Frage, ob sie sich dem Diktat der Sozialdemokratie beugen wolle. Nach Annahme von Art. 1 und 2 des Ermächtigungsgesetzes wurde über das Gesetz im Ganzen namentlich abgestimmt. Von 92 Abgeordneten stimmten 68 (Ztr., Dem., D. B. und Soz.) für und 24 (B. P., B. B. und Komm.) gegen das Gesetz. Damit war das Gesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Ein Antrag, die von B. P. und B. B. eingebrachten Anträge und Entschlüsse an den Ausschuss zu verweisen, wurde angenommen. Zum Schluß wünschte der Präsident den Abgeordneten gute Feiertage, worauf sich der Landtag voraussichtlich bis Mitte Januar vertagte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Dezember 1923.

Zugseinschränkung am Heiligen Abend und an Sylvester.

Am Montag, den 24. und Montag, den 31. Dezember 1923 fallen folgende Züge aus: Calw ab 5.40 vorm., Pforzheim an 6.44 vorm., Pforzheim ab 5.22 nachm., Calw an 6.35 nachm., Nagold ab 6.15 nachm., Calw an 7.09 nachm.

Fußballsport.

Man schreibt uns: Morgen Nachmittag treffen sich auf dem Windhof die beiden Meisterschaftsanwärter Unterreichenbach und Calw. Das Vorspiel endigte 3:2 für Unterreichenbach. Gelingt es letzterem auch nur ein Unentschieden zu erringen, so ist es Bezirksmeister, da es dann von Calw nicht mehr eingeholt werden kann. Die Einheimischen, welche besonders auf eigenem Plage ein harter Gegner sind, was auch das Torverhältnis 14:63 andeutet, werden alles daran setzen, die 2 Punkte unter ihr Dach zu bringen. Dann wäre die Meisterschaft noch ungeklärt und Calw hätte noch sehr wichtige Worte mitzureden. Dem Besseren den Sieg. — Vorher treffen sich die zweiten Mannschaften und es wird hier sicher eine Ueberraschung geben. (Siehe Inserat.)

Vom Zentrum.

(S. 23.) Pforzheim, 21. Dez. Die Zentrumsfraktionen des badischen und württembergischen Landtags tagten bes

Kanntlich hier zwecks gegenseitiger Aussprache über die politische Lage. Es wurde völlige Einmütigkeit der Auffassung festgestellt und der Wille zur gegenseitigen Zusammenarbeit für das Wohl des Volkes und des Reiches zum Ausdruck gebracht. Aus Baden waren zahlreiche Abgeordnete erschienen, an der Spitze der Fraktionschef, Prälat Dr. Schöber und Landtagspräsident Dr. Baumgärtner. Auch die Minister Dr. Köhler und Trunk, sowie ihre württ. Kollegen Holz und Beyerle haben sich eingefunden.

(S. 3.) Stuttgart, 21. Dez. Gestern nachmittag wurde in einem Lageraum der Contessa-Nettel-A.G. ein Delbehälter durch Preßluft auf seine Dichtigkeit geprüft. Durch Zuführung einer zu großen Menge Preßluft wurde der Deckel des Behälters abgerissen und einem 47 Jahre alten Hilfsarbeiter an den Kopf geschleudert. Der Arbeiter trug hierbei so schwere Verletzungen davon, daß er noch vor seiner Einlieferung in das Marienhospital starb.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigung beim Steuerabzug beträgt vom 23. bis 31. Dez. 1923 600 000. **Sirjan, den 21. Dezember 1923.**
Finanzamt: Voelker.

Stadtgemeinde Calw.

- Die Kanzleien der Stadt. Remter bleiben Brennstoffsparris halber am Montag, 24. u. 31. Dezember 1923 geschlossen. Die Arbeitszeit wird am Samstag, 22. und 29. Dezember hier wie an andern Wochenagen ausgedehnt.
- Für Standesamts alle ist die Kanzlei des Stadtschultheißenamts am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche je morgens von 11-12 Uhr geöffnet.
- Die Sitzung der Wohnungskommission fällt am Freitag, 28. Dez. 1923, aus. **Calw, den 20. Dezember 1923.**

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Streuen der Gehwege.

Die Hausbesitzer werden auf ihre Pflicht hingewiesen, nach jedem Schneefall die Gehwege vom Schnee säubern zu lassen und bei Glätte mit Sand oder Asche zu bestreuen. Schleifen sind durch Aufspritzen und Bestreuen zu besorgen. **Calw, den 21. Dezember 1923.**

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Schlittensahren.

- Das Schlittensahren ist auf folgenden Straßen frei gegeben:
 - für Erwachsene und Kinder in Begleitung Erwachsener:
 - auf der Neuen Stuttgarter Straße bis zum städt. Baumagazin.
 - auf der neuen Altbürgerstraße bis zu den Maurermeister Pfeiffer'schen Häusern;
 - beim Friedhof;
 - für Kinder bis zu 14 Jahren:
 - a) in der Saigasse bis zum Rathaus; bis Einbruch der Dunkelheit und nur mit Kinderschlitten.
 - auf dem Marktplatz;
 - auf dem Brühl;
 - beim Friedhof;
 - auf der Panoramastraße.
- Auf allen übrigen Straßen und Wegen ist das Schlittensahren verboten; also insbesondere auf der Neuen Altbürgerstraße von den Maurermeister Pfeiffer'schen Häusern bis zum Bäckermeister Seeger'schen Haus, auf der Alten Altbürgerstraße, auf der Alten Stuttgarterstraße, auf der Neuen Stuttgarterstraße vom städt. Baumagazin bis Adler, Biergasse, Pionnengasse, Kronengasse, Dieggergasse, Zwinger und Vorstadt.
- Das Schlittensahren von Erwachsenen in der Stadt und nach 10 Uhr nachts auch außerhalb der Stadt ist verboten; ebenso das Fahren auf den Gehwegen in und außerhalb der Stadt.
- Die Eltern und ihre gesetzlichen Vertreter, die Anstalts- und Schulvorstände werden ersucht, den Kindern die Einhaltung dieser Bestimmungen einzujährigen.
- Die Polizei und das städt. Straßenpersonal ist angewiesen, gegen Zuwiderhandelnde einzuschreiten. **Calw, den 21. Dezember 1923.**

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Turnverein Calw.

Am Samstag Abend im „Bad. Hof“

Weihnachts-Feier

mit Theater- und turnerischen Aufführungen ohne Tanz

Beginn punkt 7 Uhr. Der Lizenrat. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Aus Geld-, Volks und- Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	735,88 Ma.
1 franz. Franken	217,54 Ma.
1 holl. Gulden	1604 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	1163 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1600 Ma.

Märkte.

(S. 3.) Stuttgart, 20. Dez. Vom Wochenmarkt. Die Milchpreise auf den Großmärkten haben sich gegenüber dem letzten Wochenmarkt nicht geändert. Auf dem Obstgroßmarkt herrschte lebhaftes Geschäft. Das Angebot in Äpfeln war außerordentlich reichhaltig. Dagegen war der Gemüsegroßmarkt wenig befahren. Die Fettpreise sind billiger geworden. Butter wurde zu 2,70 bis 2,80 Mk. reichlich angeboten. Schweineschmalz kostete 1-1,05

Mk., Margarine 70-90 Pfg., Schmelzmargarine 90-100 Pfg., Palmöl 80, Kokosfett 75, Speisefett 90, Rinderfett 70, Fettgänse 1,30-1,60 Mk. das Pfund, Salatöl 1,60 Mk. das Liter, Emmentalerkäse 2-2,10, Schweizer 1,90-2,00, Tilsiter 1,40-1,50, Münsterkäse 1,80, Rahmkäse 1,5-1,70 Mk., Backsteinkäse 80-90 Pfg. das Pfund, Kräuterkäse 10 Pfg. der Stöpsel, Camembert 1,80-2,00 Mk. das Pfund, Kalkeier 18-20 Pfg., frische Eier 20-22, obpreussische 20, Flecker 15-16 Pfg. das Stück, Kartoffeln 6 Pfg. das Pfund, 5 Mk. der Zentner, Mehl 20-25 Pfg., Gries 30-35 Pfg., Haferflocken 35, Leigwaren 35-65, Bohnen 36-45, Erbsen 35-40, Linsen 30-40, Runkelhonig 70-85, Reis 30-40, Milchpulver 120, Sauerkraut 8 bis 10 Pfg. das Pfund, Dosenmilch 75-100 Pfg., Heje 5 Pfg. die 15 Gramm.

Auf dem Schweinemarkt in Schömburg kostete das Paar Milchschweine 14-30 M. — Auf dem Schweinemarkt in Marzdorf wurden für das Paar Ferkel 16-30 M. für das Paar Läufer 80-90 M. bezahlt. — Auf dem Fruchtmarkt in Pfullendorf kosteten 100 Kg. Weizen 20,25, Roggen 14,05, Gerste 13,65, Hafer 11,65, Spelz 14,25 M je Mittelpreis.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk

ist die

„Acima“-Cigarettenmaschine

pr. Stück Mk. 3.50.

Eine Garnitur mit Etuis, Maschine, Feueranzünder und Cigarettenspitze Mk. 10.—

Reiche Auswahl in Tabaks-Pfeifen.

Ott & Rack,

Tabakwaren-En-gros-Handlung.



Weihnachts-Geschenke für Herren:

Zesfiehenden
Einjahhenden
Trikoihenden
Flanelihenden
Sportihenden
weiße Hemden
Nachthemden
Unterhosen
Unterjacken
Socken
Strümpfe
Sportstrümpfe
Wickelgamaschen
Hosenräger
Taschentücher
Handtücher
Tischdecken
Wolldecken
gestrichte Westen

Paul Rächle
Calw.

Guterhaltene
Nähmaschine,
weiß. Tibetpelz
mit Muff
zu verkaufen.
Bohn, Stammheim,
Schlöble.

Am Montag, den 24. Dez. ds. Js.
bleibt unsere

Rasse geschlossen

Oberamtsparkasse Calw.



Schlittschuhe,
Damasier-
Schlitten
Karl Herzog,
Eisenhandlung.

Felle

von
Marder, Fuchs,
Iltis, Hagen,
Ranin, Mairwurj
u. w. kauft
zu höchsten Tagespreisen
da Selbstverarbeitung.
Karl Schrempf,
Rüschnermeister,
Pforzheim,
Westl. 22. Fernspr. 877.

Prima
Eier-
Makkaroni
das Pfd. 65 Pfg.
empfiehlt
Hermann Schürle
Leigwarengeschäft.

Ältere Frau oder jüngeres
Mädchen
zu einem Kind tagsüber
geucht.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Pl.

Suche einen in Lang-
holzführen durchaus tüchtigen
Suhrknecht

bei freier Wohnung und
Garten. Demselben ist ein
weiteres Paar Pferde unter-
stellt und ist deshalb Nach-
weis der Fähigkeit erfor-
derlich.
Sägewerk Buch,
Gräfenhaujen. Fernspr. 2.



Gebr. eis. Kinder-Schlitten
zu verkauf. Salzgasse 581.

Statt Karten!

Erwine Bott
Alfred Luß
Verlobte

Calw Wildbad Calw

Weihnachten 1923.

Maria Skandella
Erwin Samerdinger
Verlobte

Calw Stuttgart

Weihnachten 1923.



Sonntag, 23. Dez. 1923

Verbands- Fußballwettbewerb

I. u. II. M. F.-B. Unterreichenbach gegen
I. u. II. M. F.-B. 1912 Calw. Beginn 1 Uhr
und 1/3 Uhr.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag, mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr:

Das Geheimnis der Santa Margaretha

Drama in 5 Akten, mit Belprogramm.

Borzügliches
Leder fett

empfiehlt
Albert Wochele
Lederhandlung.

Zwei kräftige intelligente
Lehrjungen

werden angenommen
Kunststofferei K. Dieß
Pforzheim, Westendstr. 3.

1 Metzger- oder
Milchschlitten
hat zu verkaufen
Georg Ursig,
Bad Teinach.

Taschenbibeln
Reichsliederbücher
mit und ohne Noten
Neukirchner Abreiß-
Kalender
Lösungsbücher

C. Bub, Buch-
und Papierhandlung
Salzgasse,
hinter dem Rathaus.



Meine Wirtschaft
ist von heute ab
geöffnet.
Frau Mienhardt
zum „Löwen“
Würzbach.

Stoffreste

wie
kar. und gejr. Flanelle,
Schürzenzeuge,
Zerflanelle,
Rösch Blusenstoffe usw.
sind wieder eingetroffen
und empfiehlt
Frau Anna Weber,
obere Marktstraße 31.

Fernsprech-
Nummer 133



Tabakwarengroßhandlung
Calw (Filiale Spaichingen) Lederstr. 113

Wir empfehlen für Weihnachten unser gut sortiertes Lager in:

Zigarren, Zigaretten
und Rauch-Tabaken



in hübschen Geschenk-Packungen.
Morgen Sonntag ist unser Geschäft geöffnet.

Billige Weihnachtspreise

Damenmäntel	in guten Winterstoffen und schönen Farben	28, 20,	15 ⁰⁰
Damenmäntel	in rein wollenen Flauschstoffen und allen Farben, neue Fassons	50, 40,	28 ⁰⁰
Kostüme	in Cheviot, Gabardine usw. in modernen Schnitten, schwarz und farbig	60, 42,	25 ⁰⁰
Kleider	in einfarbig und gemusterten Wollstoffen, kleidsame neue Modelle	40, 25,	9 ⁵⁰
Kindermäntel	für Mädchen jeden Alters, in haltbaren neuen Stoffen und Farben	20, 12,	7 ⁰⁰
Blusen und Jumper	in eleganter Fassung, in Wolle und Seide	12, 7,50,	2 ⁵⁰
Röcke	in schwarz, farbig und gemusterten Stoffen	12, 8,50,	4 ⁵⁰
Morgenröcke * Unterröcke * Sportwesten			
Kinderstrickjacken * Kinderjumper			
in Riesen-Auswahl zu billigsten Preisen			

Krüger & Wolff, Pforzheim

Sch'ossberg 7

Schlossberg 7

Sonntag Nachmittag geöffnet!

Ständiges Inferieren bringt Erfolg



Musikhaus Griesmayer
Westf. 9 Pforzheim b. Markt
Größtes und ältestes Musikhaus
am Plage
Vorteilhafteste Bezugsquelle
für alle Musik-Instrumente
Größte Auswahl Billige Preise
Piano- u. Harmoniumlager

Gedenket der hungernden Vögel!

Jetzt ist es Zeit,



daß Sie Ihr Rad
Emaillieren u. Vernickeln
lassen.

Rahmenbrüche jeder Art, Umbauen, Email-
lieren und Vernickeln werden prompt und
billig ausgeführt.

W. Mettler, Höfen (Enz)
Emaillier- und Vernicklungsanstalt.

Hirau, den 21. Dezember 1923.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe Tante

Frau

Wilhelmine Spörr



ist heute früh sanft entschlafen.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Mag. Haas und Frau.

Beerdigung Sonntag 1 1/2 Uhr.

Christbaumständer

Reiche Auswahl.

Vorteilhafte Preise.

Carl Herzog, Eisenhandlung.

Für Weihnachten

empfehle

1a. Kleingebäck

sowie

Anisbrot, Zwieback
Schnitzbrot u. s. w.

Carl Dingler, Bäckerei.

Für Ringe, Christstollen,
dicke Kuchen und anderes
erbitte sofortige Bestellung.

Davoserschlitten

in allen Größen kaufen Sie billigt bei
Karl Stüber, Biergasse.



Weihnachts-
Geschenke
für Damen:

Taschenden
Trikothenden
weiße Flanel-
henden
Unterröcke
Prinzebröcke
Weinkleider
offen u. geschlossen
Reformhosen
Unterröcke
Schürzen aller Art
Strümpfe
Taschentücher
Handtücher
Tischdecken
Wolldecken
geprägte Taschen

Stoffe für

Hemden u. dergl.
Leintücher
Haar, el
Oberleintücher
Bettbezüge in
weiß und farbig
Betten

Paul Häußle
Calw.

Doppelschlüssel
verloren.

Um Abgabe bei der Gesch.
stelle ds. Bl. wird geb.
Gute Belohnung zuges.

An unsere Naturalbezieher in Gimmozhheim!

Unsere dortigen Naturalbezieher teilen wir höflich mit,
daß wir

Herrn Wilhelm Dompert,
Gipsfermeister, dort

mit unserer Vertretung betraut haben.

Herr Dompert nimmt Bestellungen im Natural-
bezug auf unser Blatt entgegen sowie Anzeigenaufträge.
Die Ablieferung der Naturalien kann ebenfalls bei Obigem
erfolgen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.